



## Vorlage zum **Beschluss-Nr. 080-14/19**

Vorlage wurde ohne Änderungen am 06.07.2015 zum Beschluss erhoben

1. Bezeichnung des Beschlusses	<b>Vorbereitung eines neuen Konzessionsvertrages zur Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen für die allgemeine Gasversorgung im Stadtgebiet</b>
2. Beschlusstext:	Der Stadtrat beschließt, dass der Bürgermeister ermächtigt und beauftragt wird, einen neuen Konzessionsvertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen für die allgemeine Versorgung mit Gas, im Sinne des § 46 Abs. 2 Satz 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), für das Stadtgebiet vorzubereiten.
3. Einreicher	Kämmereiamt
4. Begründung der Zuständigkeit des Stadtrates (Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen wurde die Beschlussvorlage erarbeitet?)	ThürKO vom 28.01.2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.03.2014 (GVBl. S. 82).
5. Welche Beschlüsse müssen aufgrund der o. g. Beschlussvorlage aufgehoben bzw. ergänzt werden?	Keine
6. a) Mit welchem Personenkreis wurde die Beschlussvorlage beraten b) mit wem soll sie beraten werden?	Finanzausschuss am: 01.06.2015 Hauptausschuss am: 22.06.2015
7. Welche absehbaren finanziellen Auswirkungen hat die Beschlussvorlage?	Einnahmen aus der Konzessionsabgabe von ca. 15.000 EUR jährlich
8. Veröffentlichung des Beschlusses?	Ja
9. Verteiler	Alle Stadtratsmitglieder, Ortsbürgermeister

### Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Anzahl Stadtratsmitglieder: 20 + 1  
davon anwesend: 21

Ja – Stimmen: 21  
Nein – Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

Folgende Mitglieder waren nach § 38 ThürKO von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen: keine

Der Beschluss wurde somit angenommen.

Matthias Ehrhold

## Begründung zum **Beschluss Nr.: 080-14/19**

### **Beschlusstext:**

Der Stadtrat beschließt, dass der Bürgermeister ermächtigt und beauftragt wird, einen neuen Konzessionsvertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen für die allgemeine Versorgung mit Gas, im Sinne des § 46 Abs. 2 Satz 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), für das Stadtgebiet vorzubereiten.

### **Begründung:**

Zwischen der Stadt und der Thüringer Energie AG, *vormals Gasversorgung Thüringen mbH (GVT), die wiederum 1994 hervorgegangen ist aus dem Zusammenschluss der Gasversorgung Nord-Thüringen GmbH -GNT-, Ostthüringer Gasversorgung -OTG-, Südthüringer Gasversorgung GmbH -STG-* [Konzessionsnehmer] wurde am 30.09.1997 ein Konzessionsvertrag geschlossen.

Mit dem Konzessionsvertrag gewährt die Stadt dem Energieversorgungsunternehmen das Recht zur Benutzung ihrer öffentlichen Verkehrswege. Die Stadt stellt ihre öffentlichen Verkehrsflächen für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die der Versorgung von Letztverbrauchern durch ein Netz der allgemeinen Versorgung -mit dem vorliegenden Konzessionsvertrag der allgemeinen Versorgung mit Gas- dienen, zur Verfügung. Hierfür erhält die Stadt Konzessionsabgaben, deren Höhe und Bedingungen (größtenteils) in der Konzessionsabgabenverordnung (KAV) geregelt sind.

**Die Vertragslaufzeit begann am 30. September 1997 und endet aufgrund der festgelegten Laufzeit von 20 Jahren am 29. September 2017.**

Grundsätzlich haben Gemeinden und Städte nach § 46 Abs. 1 EnWG ihre öffentlichen Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Energieversorgungsleitungen, einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör, zur unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Gemeindegebiet diskriminierungsfrei durch Vertrag zur Verfügung zu stellen (sog. „einfacher Konzessionsvertrag“). Besondere Anforderungen, wie bspw. Bekanntmachungspflicht und begrenzte Vertragsdauer, gelten dabei gemäß § 46 Abs. 2 und Abs. 3 EnWG für Verträge von Energieversorgungsunternehmen mit Kommunen über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, die zu einem Energieversorgungsnetz der **allgemeinen Versorgung** im Gemeindegebiet gehören (sog. „qualifizierter Konzessionsvertrag“). Den Abschluss eines solchen qualifizierten Konzessionsvertrags gilt es nun vorzubereiten, da der bisherige am 29. September 2017 ausläuft und ein vertragsloser Zustand zu vermeiden ist.

Zunächst sind die Gemeinden und Städte daher verpflichtet, spätestens zwei Jahre vor Ablauf des Konzessionsvertrags das Vertragsende durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger oder im elektronischen Bundesanzeiger bekannt zu machen.

Mit dieser öffentlichen Bekanntmachung werden Energieversorgungsunternehmen aufgefordert, ihr Interesse am Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages mit der Stadt, schriftlich innerhalb einer Frist von (üblicherweise) 3 Monaten nach Veröffentlichung der Bekanntmachung gegenüber der Stadt zu bekunden.

Bei mehreren Bewerbern führt die Stadt ein transparentes und diskriminierungsfreies Auswahlverfahren durch, wobei die Stadt bei der Auswahl eines Neukonzessionärs vorrangig den Zielen des § 1 EnWG (Sicherheit, Preisgünstigkeit, Verbraucherfreundlichkeit, Effizienz, Umweltverträglichkeit und Erneuerbaren Energien) verpflichtet ist.

Die Mehrzahl der Gemeinden und Städte in Thüringen -wie auch in den übrigen jungen Bundesländern- haben die ersten Konzessionsverträge im Zeitraum von 1991 bis 1993 abgeschlossen. Ab 1997 wurden bei einem großen Teil der Gemeinden und Städte diese Konzessionsverträge durch neue Konzessionsverträge ersetzt, wobei eine Laufzeit von 20 Jahren vereinbart wurde.

Damit liegen die Vertragsabschlüsse ab 1997 und damit auch das jeweilige Ende dieser Verträge thüringenweit relativ dicht beieinander. Dies ist in den „alten“ Bundesländern häufig nicht der Fall.

Verträge, deren Laufzeiten dicht beieinander liegen, stärken jedoch die Verhandlungsposition jeder einzelnen Kommune und damit der gesamten kommunalen Familie. Es ist davon auszugehen, dass - ähnlich wie in den alten Bundesländern - die Verträge der Kommunen weiter auseinander gezogen werden. Um dem entgegenzuwirken, wird daher angeregt, alle Verträge innerhalb eines begrenzten Zeitraumes enden zu lassen.

**Für alle Gemeinden und Städte im Freistaat Thüringen schlägt der Gemeinde- und Städtebund Thüringen den 31. März 2037 für das zu wählende Vertragsende vor.**

Der Gemeinde- und Städtebund Thüringen als kommunaler Spitzenverband der Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften wird -wie bereits schon im Jahr 1991 und im Jahr 2009- wieder einen sogenannten Musterkonzessionsvertrag für alle Gemeinden und Städte im Freistaat Thüringen erarbeiten. Dieser wird auf die besonderen Interessen der Kommunen ausgerichtet sein.

Matthias Ehrhold  
Bürgermeister